Der Landrat verwies auf die Bürgeranregung von Herrn Arno Behlau von attac Rhein-Sieg und schlug vor, die Anregung zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft zu verweisen.

Abg. Skoda sagte, er sei nicht der Ansicht, dass die Bürgeranregung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft zur Beratung verwiesen werden solle, da sie aus formaljuristischen Gründen abgelehnt werden müsse. Als Teil der Verwaltung sei er der Meinung, dass man nicht befugt sei, sich selbst Regeln aufzuerlegen, nach denen man eine Entscheidung treffe. Man habe ausschließlich nach Gesetz und Verfassung zu entscheiden. Deshalb könne sich der Kreistag und die Verwaltung als solche aus formaljuristischen Gründen eine derartige Regelung nicht auferlegen.

Er bat, dass die Verwaltung diese Angelegenheit durch den juristischen Dienst prüfen lasse. Darüber hinaus behalte sich seine Fraktion vor, diesen Antrag aus rechtlichen Gründen prüfen zu lassen, einschließlich eventuellen dienstrechtlichen und strafrechtlichen Implikationen.

Sei der Kreistag ein gesetzgebendes Organ, wären die formulierten Regelungen durchaus möglich. Ebenso würde es sich verhalten, wenn das Land beschließe, dass sich die Kreisverwaltung nach den Regelungen zu richten habe. Als Verwaltung sei man jedoch dazu nicht befugt.

Er beantrage, über seinen Antrag auf Ablehnung der Bürgeranregung getrennt abzustimmen.

Der Landrat erwiderte, durch einen Verweis in den Fachausschuss erfolge keine Wertung in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht und wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine flächendeckende Anregung handele, die an viele Kommunen gerichtet worden sei. Die geringste Zahl der Kommunen habe diese Anregungen und Anträge mit dem Hinweis der Unzuständigkeit abgelehnt.

Durch einen Verweis in den Fachausschuss binde sich weder der Landrat noch die Verwaltung. Zudem erkenne er keine juristischen Implikationen.

Abg. Skoda sagte, seiner Meinung nach seien die Räte in den Gemeinden gesetzgeberische Organe. Der Kreistag habe hingegen keine gesetzgeberische Kompetenz, da er ein Teil der Verwaltung sei.

Abg. Dr. Bieber wies darauf hin, in Deutschland gäbe es mit Land und Bund zwei Ebenen, die gesetzgeberisch tätig werden können. Auf kommunaler Ebene besitze man die Satzungshoheit. Kreise und Kommunen seien hierbei identisch und seien Teile der Verwaltung mit entsprechendem Satzungsrecht. Sie verfügten über kein Gesetzesinitiativ- und Beschlussrecht.

Darüber hinaus habe der Kreisausschuss in der Vergangenheit inhaltlich nie über Bürgeranträge bzw. Bürgeranregungen debattiert, da man der Ansicht sei, dass diese Beratungen in den Fachausschüssen erfolgen sollten. Hierzu habe die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zu erstellen.

Zudem halte er es für fair, dass man einen Antrag, der in mehreren Kommunen gestellt wurde und augenscheinlich nicht unzulässig sei, in einem Fachausschuss zu beraten und inhaltlich zu diskutieren, anstatt ihn aus verschiedenen Argumenten abzulehnen, die möglicherweise einer rechtlichen Überprüfung nicht standhielten.

Abg. Tandler bat, die Bürgeranregung für eine inhaltliche Diskussion in den entsprechenden Fachausschuss zu verweisen. Dem stimmte der Abg. Steiner zu und ergänzte, dass in dem Fachausschuss die entsprechenden Fachleute wären, die diese Thematik erörterten.

Abg. Dr. Lamberty merkte an, dass es sich bei dieser Bürgeranregung eben um eine Anregung handele. Man mache dem Kreistag demnach keine Vorschrift. Darüber hinaus schlug er ebenfalls vor, die Bürgeranregung in dem Fachausschuss zu beraten

Dann ließ der Landrat zunächst über den Antrag des Abg. Skoda bezüglich der Ablehnung der Bürgeranregung abstimmen.

Dann ließ der Landrat über den Verweis der Bürgeranregung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft abstimmen.